

Prof. Dr. Norbert Konegen

WS 11/12

**Zur Wirksamkeit der Euro-Rettungspakete.
Versuch einer Bestandsaufnahme, Analyse sowie
einer Abschätzung möglicher ökonomischer und
politischer Folgekosten für die Eurozone.**

**IXa. Herausforderungen für eine glaubwürdige Politik
oder gemeinsamer Weg in den Abgrund?**

Der EU-Fiskalpakt

Klausur 24.01.2012

Im Netz unter

www.p8-management.de/universität

Agenda WS 11/12

- I. Problemorientierung
- II. Chronik der Euro-Krise
- III. Die Krisenländer: Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Italien ...
- IV. Die Akteure: Staaten, EZB, Banken, Versicherungen, Finanzinvestoren, Pensionsfonds, Hedgefonds, Rating-Agenturen.
- V. Die Maßnahmen: Rettungspakte und Krisenmechanismen
- VI. Die Folgen: Von der Transfer- über die Haftungs- zur Inflationsunion?
- VII. Die Therapien: Zeit kaufen: Von Austritt/Insolvenz bis Eurobonds.
- VIII. Der Vertrag von Lissabon: Währungsstabilität und das Bundesverfassungsgericht
- IX. Herausforderungen für eine glaubwürdige Politik oder gemeinsamer Weg in den Abgrund? Der EU-Fiskalpakt**

Eine Stimme, die nicht gehört wurde

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte am 6. November 1991 im Bundestag gesagt:

„Man kann dies nicht oft genug sagen. Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist.“

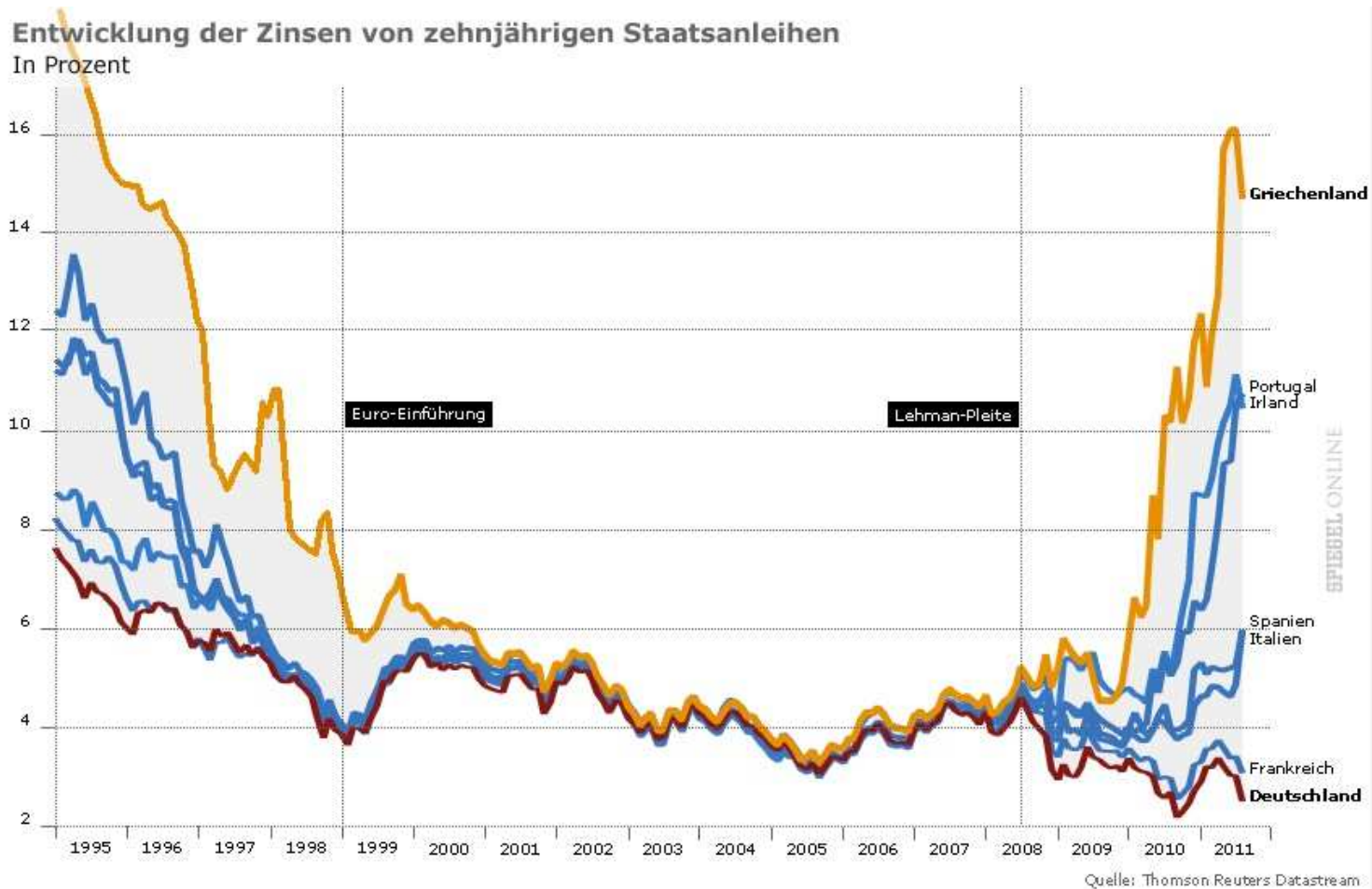
IXa. Herausforderungen für eine glaubwürdige Politik oder gemeinsamer Weg in den Abgrund? Der EU-Fiskalpakt

**9./10.12.2011: Staats- und Regierungschefs in Brüssel:
„Fiskalpakt“ als Durchbruch zu einer Stabilitätsunion?**

1. Die Ausgangssituation:
 - a) Geschenk des €: Ungewohnt tiefe Zinsen wurden von den Staaten nicht für Schuldenabbau genutzt
 - b) Die Folge: Sinkende Zinsen auf Staatsanleihen wurden nicht ausgeschöpft: Die Zinslastquoten steigen
 - c) Ausgabe von Staatsanleihen im Jahr 2012 in Mrd. €
– eine Auswahl
2. Was wurde am 9./10.10.11 beschlossen?
3. Bisher ungeklärte Streitpunkte
4. Kritische Anmerkungen-
Defizite und Ungewissheiten
5. Mögliche Folgen ordnungspolitischer Handlungsdefizite
6. Vorausschau: Das Krisenkabinett 2020?
7. Das Angebot im SS 2012

1a Die Ausgangssituation: Das Geschenk des €: Ungewohnt tiefe Zinsen werden nicht für Schuldenabbau genutzt

Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-71336-2.html>



Quelle:

© Konegen IfP WS 11/12

5

1b Die Folge: Sinkende Zinsen auf Staatsanleihen wurden nicht ausgeschöpft: Die Zinslastquoten steigen

Bestimmungsfaktoren der Zinslastquote: Schuldenquote, lfd. Defizit, Zinsen im Verhältnis zum BIP



1c Ausgabe von Staatsanleihen im Jahr 2012 in Mrd. € – eine Auswahl

- 2012:
 - Euro-Staaten müssen ca 1.500 Mrd. € aufnehmen, um fällige Kredite zu bezahlen, ihre neuen Defizite zu decken und Zinsen zu finanzieren.
 - Davon entfallen auf
 - Portugal: 24,7
 - Irland: 5,9
 - Griechenland: 44,6
 - Spanien: 142,2
 - Italien: 319,6
 - Frankreich: 264,4
 - Deutschland: 276,1
 - **Summe: 1068.5**

2. Was wurde beschlossen?

Quelle: W. Mussler, in: FAZ 10.12.11

- **Verschärfung der Haushaltsregeln?**
 - Verpflichtung, nationale Schuldenbremsen einzuführen
 - Ihre Einhaltung soll EU-Gerichtshof überprüfen
 - Ihre Einhaltung durch EU-Kommission beaufsichtigt.
- **Änderung der Rechtsgrundlage für die Haushaltsaufsicht**
 - Art. 126 AEUV durch zwischenstaatlichen Vertrag ändern:
 - ❖ auf allen Stufen des Defizitverfahrens werden „automatische Konsequenzen“ gezogen,
 - ❖ Ministerrat kann Verfahren nur mit qualifizierter Mehrheit verhindern
 - ❖ Permanenter Abbau der Staatsschuld aus Sekundär- in Vertragsrecht überführt.
- **Für wen sollen die neuen Regeln gelten?**
 - Möglicherweise für alle EU-Staaten außer GB
- **Neue Rechtsgrundlage juristisch wasserdicht?**
 - Nein: Völkerrechtlicher Vertrag – zwischenstaatlicher Vertrag!

noch 2. Was wurde beschlossen?

- **Was ändert sich für EFSF und Nachfolger ESM?**
 - ESM nimmt Arbeit schon im Juli 2012 auf: Möglicherweise zusätzliche Belastungen für nationale Haushalte
- **Rolle der EZB?**
 - Vorläufig: Berät EFSF technisch bei Markttransaktionen
- **Künftige Rolle von IWF bei Krisenmanagement?**
 - Endgültig noch nichts beschlossen. Prinzipiell 150 Mrd. von Euro-Staaten + 50 Mrd. von weiteren EU-Staaten
 - Mittel aus Währungsreserven der Notenbanken
 - Schwellenländer geben bilaterale Kredite an IWF
- **Weitere Kriseninstrumente?**
 - Vorläufig Eurobonds in Schlusserklärung nicht erwähnt
 - Banklizenz für ESM nicht erwähnt

**noch 2.
Was wurde beschlossen?**

- **Beteiligung privater Gläubiger an etwaigem Schuldenschnitt?**
 - Nicht wie im griechischen Fall, der noch nicht geklärt ist.
- **Zukünftige Entscheidung über Hilfsaktionen des ESM?**
 - Euro-Gruppe entscheidet mit qualifizierter Mehrheit von 85%.
 - Grundlage sind Anteile am EZB-Kapital.
- **Das konjunkturbereinigte Defizit darf 0,5% des BIP nicht übersteigen**
- **Länder, deren Defizit 60% des BIP übersteigt, werden verpflichtet, ihre Schulden stetig zu senken.**

3. Bisher ungeklärte Streitpunkte

- Nicht Kommission soll bei Verstößen gegen Pakt beim EUGH klagen, nur ein anderes Land.
- Deutschland: Nur jene Länder erhalten Hilfen aus ESM, die sich an Pakt halten. Kein bindender Vertragstext, lediglich politische Willenserklärung.
- Teilnehmende Länder informieren sich vorab über Emission von Staatsanleihen.
- Im Konfliktfall hat bestehendes Europarecht Vorrang vor Wirkungsmacht des Fiskal-Pakts.
- Pakt tritt am 1.1.2013 in Kraft, wenn er bis dahin von 12 Unterzeichnerstaaten (Zahl umstritten) ratifiziert worden ist.
- Unterzeichnerstaaten streben an, inhaltliche Substanz des Fiskal-Pakt-Vertrags binnen 5 Jahren in für alle Länder gültiges europäisches Recht zu überführen.
- Damit wäre der zwischenstaatliche Vertrag überflüssig.

4. Kritische Anmerkungen- Defizite und Ungewissheiten

Quelle: P. Steinbrück, in: DIE ZEIT 22.12.11

- **Es fehlt Konzept für ein kurzfristiges Krisenmanagement, denn:**
 - **ESM erst 7/2012**
 - **Umsetzung der Verabredungen vom 9.12.11 brauchen Zeit (Völkerrecht-Zwischenstaatliches Recht?)**
 - **Refinanzierungsbedarf der Staaten im 1. Quartal 2012: rd. 170 Mrd. Euro.**
 - **Abstufung des Ratings von Frankreich – was dann?**
- **Banken verkürzen weiterhin ihre Bilanzen**
- **Offizielle Wachstumsprognosen für 2012 zweifelhaft**
- **Feuerwehrfunktion des EFSF eingeschränkt**

Noch kritische...

- Notwendige Aufstockung von EFSF und ESM bis auf Gipfel 3/2012 verschoben – Begrenzung des deutschen Haftungsrahmens haltbar?
- Überwindung von Fehlanreizen für Krisenländer.
- Wo bleiben neben „selbstmörderischen“ Konsolidierungsprogrammen für hilfsbedürftige Länder wirtschaftliche Aufbauprogramme bzw. Hilfe durch administratives Know-how?
- Gläubigerhaftung durch Europäischen Rat weitgehend suspendiert – fehlende Ordnungspolitik!
- Kompensatorisch: Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte zur Finanzierung von Förderprogrammen.
- „Brückenlösung“ für Ernstfälle in Euro-Zone bis Vertragsänderungsverfahren des europäischen Vertragswerks abgeschlossen über EZB?
- Bestehende Haftungsgemeinschaft in Eurozone gegen alle Fakten z.T. geleugnet.
- Wachstumsprognosen für 2012 negativ.

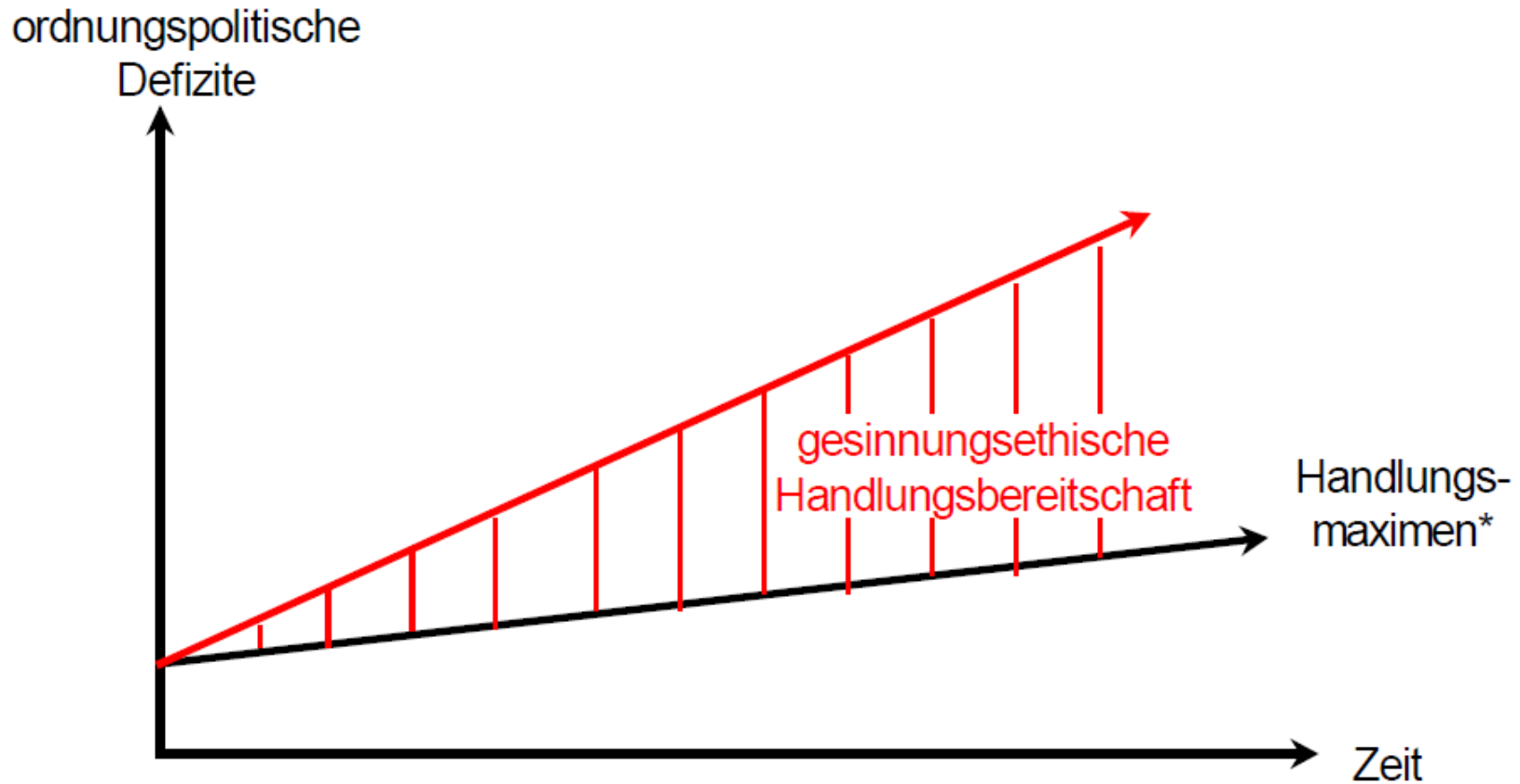
4. Kritische...

- **Staatsschuldenkrise und Politik vor einem Dilemma:**
 - Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme mit weiterer Verschuldung **oder** steigende Arbeitslosigkeit
- Ausweitung der Handlungsfähigkeit des IWF durch zusätzliche bilaterale Kreditzusagen (200 Mrd. €) neben „magerem“ EFSF mit zwei Problemen verbunden:
 - Kredite stellen nationale Notenbanken. Bundesbank: 42 Mrd. €.
Bestehender Haftungsrahmen von 211 Mrd. € überschritten. Erneute Zustimmung von Bundestag erforderlich.
 - Aufstockung der IWF-Ressourcen durch nicht-europäische Staaten?

5. Mögliche Folgen ordnungspolitischer Handlungsdefizite: Das Spannungsverhältnis zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik

- **Gesinnungsethik** ist ein „politisch-moralisches Prinzip, das die Überzeugung, den Glauben (die **Gesinnung**) als einzigen Maßstab des (politischen) Handelns zulässt.“
- **Verantwortungsethik** als politisch-moralisches Prinzip fragt nach der **Verantwortbarkeit** der Folgen politischen Handelns. Diese gilt als alleiniger Maßstab.
- **Max Weber**: Politisch Handelnde haben die Aufgabe, eine Balance zwischen beiden Prinzipien zu suchen.

5. Mögliche Folgen ordnungspolitischer Handlungsdefizite



* gesinnungs- bzw. verantwortungsethisch
-maxi.prs

6. Krisenkabinett 2020: Nichts ist alternativlos.

Quelle: Greser & Lenz: Witze für Deutschland - Cartoons - FAZ



Deutschland 2020: Die Piratenpartei stellt den Kanzler

© F.A.Z.-GRESER&LENZ

**7. Das Angebot im SS 2012
zu finden unter
www.p8-management.de/universität**

Vorlesung, SCH2, Beginn 1. Vorlesungswoche:

**Sichtbare und verdeckte Schulden in
Deutschland – programmierte Last für
nächste Generationen.**

Vertiefungs-HS Braun/Konegen, R 125:

**Nach uns die Sintflut? Zu den Auswirkungen
der Staatsverschuldung in Deutschland und
der EU auf künftige Generationen.**